

**Autor:** Igor Göldner [tmt6jomp218mhv1ay6rhe6r]  
**Seite:** 1  
**Ressort:** Titelseite MAZ  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 18.747 (gedruckt)<sup>1</sup> 18.578 (verkauft)<sup>1</sup>  
 18.904 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,083 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 2/2022<sup>2</sup> AGMA ma 2022 Tageszeitungen

## Energiekrise

# Ost-Unternehmer warnen vor „finanziellem Tsunami“

## Verbandschef Greiff fordert ein wuchtiges Hilfspaket des Bundes

Auf dem Ostdeutschen Unternehmertag ist angesichts der explodierenden Energiepreise vor katastrophalen Auswirkungen für kleine und mittlere Firmen gewarnt worden. Der Präsident des Unternehmerversandes Brandenburg-Berlin, Burkhardt Greiff, sprach von einem „finanziellen Tsunami“ und einer „Kostenlawine“, die viele Firmen im Osten in die Insolvenz treiben würden. „Was in Deutschland passiert, droht den Mittelstand auszulöschen und das ist keine Panikmache“, sagte Greiff gestern auf dem Unternehmertag in Potsdam, an dem Vertreter aus ostdeutschen Bundesländern teilnahmen. Viele Unternehmer stünden vor einer dramatischen Situation und wüssten nicht, ob sie das Jahr überstehen, so Greiff, der auch die Interessengemeinschaft der Unternehmerversände Ostdeutschlands und Berlin vertritt. Er verlangte Entlastungen für die Wirtschaft und ein „wuchtiges XXL-Paket“ des Bundes. Das bisher vorgelegte Entlastungspaket sei „sehr mager und sehr ausbaufähig“.

Kritik und Unverständnis äußerte Greiff über die Ampel-Regierung im Bund, der er „chaotisches Handeln“ in der Energiepolitik vorhielt. Er habe manchmal den Eindruck, „die Jungs und Mädels in Berlin“ würden eine Art „Teststation für

die Wirtschaft“ betreiben. „Sie lassen Luftballons steigen und schauen dann, was daraus wird.“

Nötig sei insgesamt eine „realistischere Energiepolitik“, die die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtige. Der Verbandschef sprach sich für einen Gas- und Strompreisdeckel nach dem Vorbild von Frankreich und Belgien aus. Auch sollte das Stromangebot auf eine breitere Basis gestellt und übergangsweise auf Kohle, Atom und Gas gesetzt werden. „Damit würden auch die Strompreise günstiger.“

Die Interessengemeinschaft der Unternehmerversände Ostdeutschlands und Berlin vertritt laut Greiff rund 20.000 Unternehmen in Ostdeutschland - „von Usedom bis Thüringen“.

In seiner Rede auf dem Unternehmertag sprach sich Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) ebenfalls dafür aus, dass der Bund zielgerichtet Unternehmen helfen müsse, die durch die Energiepreisentwicklung in Schwierigkeiten kommen. „Wir entscheiden jetzt darüber, wie die deutsche Wirtschaft in einem, zwei oder fünf Jahren aussehen wird.“ Es dürfte nicht erneut zu einem Strukturbruch wie Anfang der 90er Jahre kommen.

Mit drastischen Worten übte Woidke Kritik an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der einen Weiterbetrieb der drei verbliebenen Atomkraftwerke ablehnt. Es wäre „vollkommen bescheuert“, mitten in der größten Energiekrise, die Deutschland seit 70 Jahren erlebe, zusätzliche Kapazitäten vom Netz zu nehmen. Jede einzelne Kilowattstunde, die nicht fürs Netz zur Verfügung stehe, erhöhe den Preis. Es müsse jetzt „alles rein, was geht“, um den Preis zu stabilisieren, forderte Woidke.

Bundeswirtschaftsminister Habeck sagte gestern im Bundestag den Unternehmen in der Energie- und Preiskrise Unterstützung zu. Er versprach: „Wir werden die deutschen Unternehmen und den deutschen Mittelstand schützen.“ Das sogenannte Energiekostendämpfungsprogramm, das energie- und handelsintensiven Unternehmen mit Zuschüssen hilft, solle für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geöffnet werden. Seite 4 Zitat-Text:

Was in Deutschland passiert, droht den Mittelstand auszulöschen.

Burkhardt Greiff, Präsident des Unternehmerversandes Brandenburg-Berlin

**Wörter:** 438  
**Ort:** Potsdam